



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/149 - 30.6.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Hochkommissare bleiben	S. 1
Churchills Erkrankung	S. 3
Die Bauernpolitik der Bundesregierung	S. 4
<u>Anhang</u> : Kommuniqué und Entschliessungen des Partei Vorstandes	

Die Höflichkeitsgeste

(sp) Als eine neue Demonstration der politischen Gleichberechtigung der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu den Westmächten bezeichneten Regierungskreise die Rangerhöhung des amerikanischen und britischen Hochkommissars zu Botschaftern, (Der französische Hochkommissar besass diesen Titel schon seit langem), Den bisherigen deutschen Geschäftsträgern in London, Washington und Paris wurde die gleiche Ehre zuteil.

Diese schöne Geste ändert am bisherigen Zustand praktisch nichts, von ihr sind keinerlei politische Wirkungen im Hinblick auf die Stärkung der deutschen Souveränität zu erwarten. Der Austausch von Botschaftern setzt die völlige Gleichberechtigung und in dem besonderen Falle Deutschlands den Abschluss eines Friedensvertrages voraus. Die drei alliierten Botschafter aber bleiben in ihrer bisherigen Funktion als Hochkommissare, d.h. als Vertreter von Siegerstaaten, mit massgebend und, soweit es Fragen der deutschen Einheit betrifft, entscheidenden Vorbehaltsrechten, die erst dann fortfallen sollen, wenn, wie es in der amtlichen amerikanischen Verlautbarung etwas umständlich heisst, die "betreffenden Staaten die Ratifizierung der kontraktlichen Übereinkommen (deutsch-alliierte Verträge) und des Europäischen Verteidigungsbeitrages abgeschlossen haben". Wenn es so ist, haben die eben ernannten "Botschafter" keine Aussicht, jemals wirklich Botschafter zu werden, denn nach der ganz überwiegenden Ansicht in allen beteiligten Ländern werden die

Verträge in den Schubfächern liegen bleiben.

Dem Bundeskanzler kommt diese alliierte Höflichkeitsgeste gerade in diesem Augenblick höchst gelegen und er wird wohl nicht verfehlen, sie in der kommenden aussenpolitischen Debatte als Trumpfkarte und als Beweis für die Erfolge seiner Politik ^{zu} anführen. Auf die deutsche Öffentlichkeit wird das ohne Eindruck bleiben. Die entscheidenden Fragen, die heute auf der Tagesordnung der deutschen und europäischen Politik stehen, lassen sich nicht durch Änderungen im Protokoll und durch diplomatische Kniffe lösen. Das deutsche Volk erwartet im Sommer 1953 vom deutschen Bundeskanzler und den Westalliierten schon etwas mehr als den Austausch von Höflichkeitsgesten: Es erwartet eine von allen Seiten in Gang zu setzende Initiative im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Aber damit scheint es nicht so gut bestellt zu sein. Die Westmächte und die Bundesregierung halten - zumindest offiziell - immer noch an einer Konzeption fest, der durch die Entwicklung seit Stalins Tod der Boden entzogen wurde. Seit Beginn des Korea-Krieges haben sich die Westmächte, ermuntert vom deutschen Bundeskanzler, völlig auf die Linie der Eingliederung eines Teiles, des grösseren Teiles Deutschlands, in den militärischen Machtbereich des Westen festgelegt. Durch eine Politik kleiner Gefälligkeiten läßt sich jedoch der neuen Situation nicht begegnen. Sie erfordert, gerade auch von den Westalliierten, eine Politik der Kühnheit, des Neu-Durchdenkens und der schöpferischen Initiative, wollen sie nicht Gefahr laufen, der Sowjetunion propagandistisch das Feld zu überlassen.

Ein bescheidener Akt der Übereinstimmung zwischen Wort und Tat wäre die alliierte Zustimmung zur direkten Einbeziehung Berlins in die kommenden Bundestagswahlen gewesen. Der westalliierte Einspruch - von Regierungsseite lange vorher angekündigt, was den peinlichen Eindruck erweckt, dass man ihn geradezu herbeiwünschte - muss im deutschen Volk den Zweifel bestärken, dass es die Westalliierten mit den ersten Schritten zur Verwirklichung der deutschen Einheit in Freiheit nicht so eilig haben, ja dass sie mehr an freundlichen, aber unverbindlichen Gesten gegenüber dem deutschen Bundeskanzler als an der deutschen Wiedervereinigung interessiert sind. Noch fehlt von den Westalliierten die überzeugende Tat, die dem deutschen Volk die Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihres auf die deutsche Gleichberechtigung und deutsche Einheit gerichteten Willens nimmt. Von der Ernennung der Hochkommissare zu Botschaftern geht diese belebende Wirkung nicht aus. *

+

+

+

- 3 -

England erwartet Kabinettsumbesetzung

B.C. - London

Ein bemerkenswerter Unstern schwebt über den Bemühungen, ein Ost-West-Gespräch zur Entspannung der gefährdenden Weltlage in Gang zu bringen mit dem Ziel, den "Kalten Krieg" zu beendigen, die Furcht von den Seelen und die Rüstungslast von den Wirtschaften der Völker abzuladen und die Bedingungen für ein friedliches, mißtrauensfreies Neben- und Miteinanderleben der Nationen zu schaffen, die einander in friedlichem Austausch der Güter und Kulturerrungenschaften so viel zu geben hätten, deren Zusammenprall unter den Schrecken des Atomkrieges aber mit unentrinnbarer Sicherheit die Kulturwelt vernichten würde.

Zuerst, so hieß es, müßte man warten, bis die neue amerikanische Verwaltung sich eingearbeitet hätte. Sodann sollte zunächst einmal der koreanische Waffenstillstand unter Dach und Fach sein. Dann wollte man abwarten, bis die Franzosen endlich wieder einen Ministerpräsidenten hätten, um wenigstens die Konferenz auf der Insel Bermuda abzuhalten, zu der Sir Winston Churchill seine amerikanischen und französischen Kollegen eingeladen hatte, damit die Meinungsverschiedenheiten unter den westlichen Partnern ausgeplättet werden könnten, bevor man sich mit den Sowjets an einen Tisch setzte. Und nun ist auch dieses Treffen in letzter Minute abgesagt und auf unbestimmte Zeit - zumindest einen Monat - vertagt worden, weil die Kräfte des britischen Premierministers versagt haben.

Sir Winstons Leiden ist durchaus keine "diplomatische Krankheit". Man darf nicht vergessen, daß dieser Mann, dessen Spannkraft nicht nur in England sprichwörtlich ist, der das Unterhaus nicht selten mit seinem spitzbübischen, manchmal geradezu schuljungenhaften Humor amüsiert, weit über 78 Jahre alt und schon seit Jahren unter ständiger ärztlicher Behandlung steht. Schon in der vorhergehenden Woche fiel es den Unterhausabgeordneten und der Pressegalerie auf, daß er wichtig, auf der Tagesordnung an ihn persönlich gerichtete Fragen nicht seiner Gewohnheit gemäß selbst beantwortete, sondern seinem Stellvertreter im Hause, dem Lordsiegelhalter Crookshank, überließ. Daß jetzt sein ständiger Leibarzt Lord Moran den berühmten Nervenspezialisten Sir Russell Brain zur Diagnose mithinzuzog und auch das amtliche Bulletin mitunterzeichnen ließ, deutet darauf hin, daß Churchill an einem ernsthaften Nervenzusammenbruch leidet, kein Wunder, da dieser alte Herr seit

Anthony Edens Erkrankung vor einem halben Jahr darauf bestanden hat, außer seinem eigenen Amt des Premierministers auch noch die Geschäfte des Auswärtigen Amtes wahrzunehmen, politisch zu leiten und - keine leichte Aufgabe - im Parlament zu vertreten.

Die seit einem Jahr sich hartnäckig erhaltenden Gerüchte, Sir Winston Churchill werde sich nach den Krönungsfeierlichkeiten von der aktiven Politik zurückziehen und als ein "Earl" oder "Marquess" in die verhältnismäßige Stille des House of Lords begeben, erhalten neue Nahrung, und es erhebt sich die politisch wichtige Frage, wer seine Nachfolge als Premierminister und als Führer der konservativen Partei antreten wird. Die für den Herbst angekündigte Kabinettsumbesetzung dürfte jedenfalls nach übereinstimmender Meinung politischer Kreise beider Parteien vorverlegt werden und schon in den kommenden zwei bis drei Wochen stattfinden.

+ + +

Getreidepreisgesetz - ein Prüfstein ehrlicher Agrarpolitik

H.B. In jedem Jahr ist der Bundestag aufgrund des Getreidemarktordnungsgesetzes verpflichtet, Höchst- und Mindestpreise für Getreide rechtzeitig festzusetzen. Rechtzeitig heißt, daß die Preise vor Beginn der Aussaat festgesetzt werden, damit der Bauer aufgrund der festgelegten Preise den Umfang seines Anbaus bestimmen kann. Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen heißt, daß eine Überschreitung der Höchstpreise und eine Unterschreitung der Mindestpreise im Interesse einer Preisstabilisierung von der Regierung verhindert werden.

Die Vorlage der Bundesregierung kam in allen Jahren erst dann, wenn die Getreideernte schon vor der Tür stand. Die Debatte über die Preise wurde von den Vertretern der Landwirtschaft in der CDU, FDP und DP jeweils dazu benutzt, möglichst hohe Getreidepreise zu fordern, weil sich das auf Bauernversammlungen so gut verwenden läßt. Die Regierung machte dieses Spiel gern mit, um zu beweisen, daß auch in ihrer Brust ein Herz für die Bauern schlägt. Im vorigen Jahr z.B. erhöhte man den Haferpreis noch um 10,- G , obwohl man genau wußte, daß in Anbetracht der geringeren Pferdebestände zuviel Hafer angebaut worden war.

Diese Großzügigkeit gegenüber der Landwirtschaft war ausgesprochen billig. Nirgendwo steht geschrieben, und Staatssekretär Sonnemann vom Ernährungsministerium fühlte sich bemüßigt diese Tatsache ganz offiziell zuzugeben, daß die Bundesregierung aus diesem Gesetz irgendwelche Verpflichtungen ableitet und der Bauer auf Abnahme seines Getreides zu Mindestpreisen einen Rechtsanspruch hätte oder die Regierung Maßnahmen ergreifen müsse, um Steigerungen der Getreidepreise über die Höchstgrenze Einhalt zu gebieten.

Diesem Schwindel hat die Opposition jetzt einen Riegel vorgeschoben. Sie hat im Ernährungsausschuß beantragt, die Bundesregierung zu verpflichten, durch die Einfuhr- und Vorratsstelle den Bauern Getreide zu Mindestpreisen abzunehmen und den Mühlen und dem Handel Getreide nicht über Höchstpreisen abzugeben. Auf Weisung des Bundesfinanzministers haben die der Koalition angehörenden Mitglieder des Ernährungsausschusses, alle ihres Zeichens Bauernverbandspräsidenten, landwirtschaftliche Genossenschaftler, kurzum die Vertrauensleute der Landwirtschaft, diesen Antrag abgelehnt und die Bauern im Stich gelassen.

Die sozialdemokratische Fraktion ließ aber nicht locker und brachte ihren Antrag erneut im Plenum zur Abstimmung. Wiederum ein Eiertanz der Vertreter der Koalitionsparteien. Bei der namentlichen Abstimmung beantragt, konnte sich der Bundesfinanzminister noch so viel Mühe geben, um die einzelnen Abgeordneten bei seiner Stange zu halten, es nutzte nichts. Fast alle Abgeordneten, selbst jene, die im Ausschuß dagegen waren, stimmten für den sozialdemokratischen Antrag; lediglich neun Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

So hat die Sozialdemokratie die Bundesregierung zur Durchführung einer die Interessen der Bauern wie der Verbraucher wahren Marktordnung gezwungen. Wieder ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie sich nicht wie die Koalitionsparteien mit leeren Deklamationen über das Wohl der Landwirtschaft begnügt, sondern eine konstruktive Agrarpolitik treibt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

Wortlaut des Kommuniqués

Der Vorstand der SPD erörterte im Anschluß an einen Bericht des Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer in seiner Sitzung vom 29. Juni eingehend die Ereignisse des 17. Juni 1953 und die Situation in der Sowjetzone. Die inzwischen vorliegenden Berichte lassen erkennen, daß die Freiheitsbewegung in vielen Orten der Sowjetzone, besonders in den alten sozialdemokratischen Hochburgen, noch machtvoller war als im Berliner Sektor.

Der Vorstand der SPD sieht in den Ereignissen einen Beweis für die Kraft der sozialdemokratischen Opposition in der Sowjetzone und ebenso für die Richtigkeit der bisherigen sozialdemokratischen Politik, alles für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu tun. Gerade die Ereignisse am und nach dem 17. Juni machen es notwendig, jetzt erst recht die Forderung an die Bundesregierung und die Westmächte zu richten, aktiver in dem Bemühen um eine Viermächtekonferenz zu werden und von den Hohen Kommissaren der Westmächte zu erwarten, daß sie unverzüglich mit dem Hohen Kommissar der Sowjetunion Verhandlungen über die Normalisierung des Verkehrs zwischen den Zonen und über Hilfsmaßnahmen zur Abwendung der Hungerkatastrophe in der Sowjetzone aufnehmen.

Der Vorstand der SPD beschloß, den Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung Informationen über die Ereignisse und Umstände in der Sowjetzone zu geben, damit sie ihren Einfluß geltend machen können, um Repressalien entgegenzuwirken, die den Teilnehmern der Freiheitsbewegung in Ost-Berlin und der Sowjetzone drohen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, den 17. Juni zum Nationalfeiertag zu erklären, wurde vom SPD-Vorstand begrüßt und gebilligt. Die weitere Behinderung von Einreisen Deutscher aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik wird vom SPD-Vorstand bedauert.

Gerüchte, daß von amtlichen Stellen der sowjetischen Besatzungsmacht Versuche gemacht werden, mit dem SPD-Vorstand ins Gespräch zu kommen oder daß in der Sowjetzone die Absicht bestehe, eine "selbständige" SPD zuzulassen, nahm der SPD-Vorstand zum Anlaß, die Verbreitung solcher Gerüchte durch Stellen der Bundesregierung entschieden zu verurteilen. Er stellte eindeutig fest, daß es keine lizenzierte SPD unter dem Pankow-Regime geben kann; es gibt nur eine freie SPD in der Demokratie. Die SED oder KP kommt als Gesprächspartner für die SPD nicht in Frage.

Die Stellungnahme der SPD fand ihren Niederschlag in einer Entscheidung des SPD-Vorstandes.

Im weiteren Verlauf der Vorstandssitzung wurden Fragen der Kandidaten-Auswahl und der propagandistischen Vorbereitung der Bundestagswahl besprochen.

+ + +

SPD - Vorstand zum 17. Juni

Die Freiheitsdemonstrationen und Streiks der Arbeiter in der sowjetischen Besatzungszone und Ost-Berlin haben aller Welt erschütternd den Nachweis erbracht, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit das dringendste Anliegen aller Deutschen ist.

Die Spaltung Deutschlands könnte nur durch gewaltsame Unterdrückung des elementaren Einheitswillens aufrechterhalten werden. Möglichen Versuche solcher Art auch für einige Zeit Erfolg haben - mit dem Ereignissen der dritten Juni-Woche ist klar geworden, daß in jedem Falle ein Zeitpunkt kommt, an dem die deutsche Arbeiterschaft für die Verwirklichung der Einheit ihres Vaterlandes aufstehen wird.

Mit dem Belagerungszustand kann man für eine Weile den Kirchhofsfrieden schaffen; man kann durch ihn nicht politische Notwendigkeiten ersetzen. Mit blutigen Repressalien kann man für eine Weile Menschen einschüchtern; man kann damit den Freiheitswillen eines Volkes nicht töten.

Die Opfer der Repressalien des Ostzonenregimes müssen der Solidarität aller Freunde der Freiheit gewiß sein können. Wir rufen die demokratischen Kräfte der ganzen freien Welt auf, die von der Rachejustiz Betroffenen unter ihren Schutz zu nehmen und auf die Regierungen zu wirken, damit nichts unversucht bleibe, um die Verfolgten zu retten. Der Aufstand der Arbeiter verpflichtet zu unverzüglichen politischen Handlungen. Die Ursachen, die zu dem Aufstand führten, müssen gegenstandslos gemacht werden. Dies kann nur geschehen durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit. Zur Verwirklichung der dazu erforderlichen Voraussetzungen muß folgendes geschehen:

- 1) Die unverzügliche Einberufung einer Viermächte-Konferenz;
- 2) die Hohen Kommissare in der Bundesrepublik haben zusammen mit dem Hohen Kommissar in der sowjetischen Besatzungszone Maßnahmen zur Erleichterung des Verkehrs zwischen den Zonen und für eine bessere Versorgung der Bevölkerung der Zone zu treffen;
- 3) die Bundesregierung hat mit eigenen Mitteln eine großzügige Ernährungsmittelhilfsaktion durchzuführen.

Alle Versuche, das klägliche und durch die letzten Ereignisse völlig bloßgestellte Pankower Regime am Leben zu erhalten, müssen abgelehnt werden. Ein teilweiser Umbau der Organisation des Regimes wird die Arbeiterschaft der Zone und Ost-Berlins nicht beruhigen; sie haben für mehr gekämpft als eine bloße Facadenänderung.

Mit diesem Regime und den Parteien, durch die es ausgeübt wird, kann es keine Zusammenarbeit und keine Gemeinschaft geben.

Wenn die sowjetische Besatzungsmacht und ihre Bevollmächtigten in Deutschland wirklich eine Entspannung der politischen Lage wollen, müssen sie aufhören, dieses Pankower-SED-System oder einen neu aufgezackten Ersatz zum Instrument ihrer Politik zu machen.

+ + +